

Professor Bankenschreck plant eine Steuerrevolution

Der Zürcher Marc Chesney will die Bundessteuern abschaffen – und stattdessen die Grossbanken zur Kasse bitten.



Das Risiko der «Kasino-Finanzwirtschaft» trage die Gesellschaft, weil sie für die Grossbanken hafte. Trotz Finanzkrise habe sich wenig geändert, kritisiert Marc Chesney. Foto: Andrea Zahler

Marc Chesney sieht aus wie jene, die er bekämpft. Elegant geschalt, perfekt frisiert, eindringlich dreinschauend, könnte er als vorbildlicher Vertreter der Finanzbranche durchgehen. Dazu passt der Beruf, Chesney leitet das Institut für Banking und Finance an der Universität Zürich. Aber wenn der gebürtige Pariser in französisch eingefärbtem Hochdeutsch losredet, fallen Sätze wie «Die Party der Finanzoligarchie geht weiter» oder «Gier ist eine Krankheit»; Sätze, die man vielleicht vom Kapitalismuskritiker Jean Ziegler erwartete, aber kaum von einem Professor in - Quantitative Finance.

Nein, Marc Chesney (ausgesprochen «Schönä») ist kein Fan der Grossbanken und Hedgefonds. Im Gegenteil. Er will deren Geschäfte mit einer Steuer deutlich erschweren. Seine Abneigung hat der 60-Jährige in einem Buch begründet, Titel:

Beat Metzler

Redaktor Meinungen & Debatte

@tagesanzeiger 07.08.2019

In Zahlen

100'000

Milliarden Franken werden Schätzungen zufolge in der Schweiz pro Jahr elektronisch hin und her geschoben. Für den Grossteil der Transaktionen sorgt die Finanzbranche.

75,7

Prozent betrug der Anteil der Nein-Stimmen bei der Vollgeldinitiative im Juni 2018, der letzten Abstimmungsvorlage, welche die Tätigkeit der Grossbanken einschränken wollte. Die Stimmbeteiligung lag bei 33,8 Prozent.

Artikel zum Thema

Klimajugendliche wollen grüne Finanzindustrie



Die Schweizer Institute sollen stärker auf die Umwelt achten. Die Branche hegt Zweifel, ob die Massnahmen viel bringen. [Mehr...](#)

Jorgos Brouzos. 01.08.2019

Hurra, ein neues Banken-Wunderkind ist da!

Banker werden immer noch wie Rockstars bejubelt. Jüngstes Beispiel: Iqbal Khan, der eben die Credit Suisse verlassen hat. [Mehr...](#)

ABO+ Karin Kofler . 14.07.2019

Ein Seitenwechsel sorgt für Unruhe

Jörg Gasser zog es vom Bund zur

«Die permanente Krise».

Die «Finanzkaste», schreibt Chesney, ziehe astronomische Summen aus der realen Wirtschaft, um mit «Marktmanipulationen und verantwortungslosen Wetten» Milliarden zu verdienen. Das Risiko trage die Gesellschaft, weil sie für die Grossbanken hafte («too big to fail»). Seit der Finanzkrise von 2008 erzeuge die «Kasino-Finanzwirtschaft» weitere riesige Systemrisiken. Deren Vertreter predigten den Liberalismus, würden aber von einer Staatsgarantie profitieren.

**«Professoren sollen sich
einmischen. Wer sonst soll das
tun? Ich möchte die Debatte
voranbringen. Auch dafür
erhalten wir Steuergelder.»**

Marc Chesney, Leiter des Instituts für Banking und
Finance an der Universität Zürich

Bemerkenswert ist, dass diese Kritik von einem Eingeweihten kommt; einem, der die schwer durchschaubaren Börsengeschäfte versteht. «Die Komplexität dient der Finanzbranche als Schutz», sagt der studierte Mathematiker.

Chesney selber wirbt für ein Anliegen, das sich leicht erklären lässt: die Mikrosteuer. Mit vier anderen Politik-Aussenseitern – dem Vermögensverwalter Felix Bolliger, dem ehemaligen Bundesratssprecher Oswald Sigg, dem ETH-Informatikprofessor Anton Gunzinger und dem Rechtsanwalt Jacob Zraggen – hat er lange am Text für eine Volksinitiative gefeilt. Bald soll die endgültige Formulierung stehen.

Eine Prolille-Abgabe auf alles

Das Prinzip geht so: Auf jede digitale Geldtransaktion müssten die Beteiligten zum Beispiel 0,1 Prozent an den Staat abgeben. Bei 100 Franken macht das zehn Rappen. Die Steuer greift überall. Wenn man mit der EC-Karte einen Kaffee bezahlt, eine Überweisung macht oder Bargeld am Automaten bezieht.

Treffen soll sie aber vor allem die Grossbanken. Diese verdienen viel Geld damit, in grosser Geschwindigkeit grosse Mengen von Geld zu verschieben. Chesney schätzt die Summe aller elektronischen Transaktionen in der Schweiz auf jährlich 100'000 Milliarden Franken, eine Eins mit 14 Nullen. Genauere Zahlen gebe es nicht, sagt Professor Chesney. Zu diesen 100'000 Milliarden trage die reale Wirtschaft deutlich weniger als 10 Prozent bei. «Den Grossteil machen Finanzgeschäfte aus.» Folglich müssten deren Urheber den Grossteil der Mikrosteuer bezahlen.

Ein Steuersatz von 0,1 Prozent würde dem Staat gut 100 Milliarden Franken einbringen. Dank dieser Einnahmen liessen sich laut Chesney drei bisherige **Steuern** einsparen: die Mehrwertsteuer (23 Milliarden Einnahmen pro Jahr), die Bundessteuer (22 Milliarden) sowie die Stempelsteuer (2 Milliarden). «Den Rest der Einnahmen könnten wir für die Altersvorsorge oder den Kampf gegen den Klimawandel einsetzen.»

Abgezogen würde die Mikrosteuer automatisch. Für die meisten Unternehmen und die meisten Menschen würde das Leben unkomplizierter – und günstiger. Die Rechnung dafür bezahlten die Grossbanken. So weit die Theorie.

Bankiervereinigung. Kurz davor schrieb er noch einen Gesetzesentwurf. Ist es Zufall, dass dieser so bankenfreundlich ausgefallen ist? [Mehr...](#)

ABO+ Christoph Lenz · 25.07.2019

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

@tagesanzeiger folgen

Der Hochfrequenzhandel soll verschwinden

Das klinge fast nach einem «Perpetuum mobile», sagt Reiner Eichenberger, Wirtschaftsprofessor in Freiburg und ein Kritiker der Idee. Der Beitrag der Banken zum Bruttosozialprodukt mache nicht einmal 5 Prozent aus. «Wie soll eine so kleine Branche mehr als alle Firmensteuern übernehmen können?» Das sei naiv und absurd. Nach Einführung der Mikrosteuer müssten die Banken die betroffenen Geschäftsbereiche ins Ausland verlegen oder schliessen, sagt Eichenberger. Dadurch werde die Abgabe kaum Geld einbringen.

Von einem widersprüchlichen Ansatz spricht Fabian Schnell, Forschungsleiter bei Avenir Suisse. Die Steuer ziele darauf ab, den Hochfrequenzhandel einzuschränken. Dadurch verringere sie gleichzeitig ihre wichtigste Einnahmequelle. Ausserdem handle es sich um eine Umsatzsteuer, die nicht den Gewinn, sondern lediglich das eingesetzte Geld besteuere. Dies sei nicht gerecht.

Nicht alle haben Freude, dass ein Banking-Professor die Finanzbranche angreift.

Tatsächlich solle die Mikrosteuer einen Teil der heutigen Finanzgeschäfte unprofitabel machen, sagt Chesney. «Der Hochfrequenzhandel kann ruhig aus der Schweiz verschwinden. Er nützt der Wirtschaft nichts.» Selbst wenn 80 Prozent der heutigen Finanztransaktionen ins Ausland abwanderten, würde eine Mikrosteuer in der Höhe von 0,3 Prozent noch 60 Milliarden Franken einbringen.

Auf einen fixen Steuersatz festlegen will sich Chesney aber nicht. Niemand wisse, wie viele Transaktionen wirklich ablaufen. Chesney würde mit einem sehr viel kleineren Steuersatz starten, um dieses Ausmass herauszufinden. «Danach könnten wir den passenden Mikrosteuersatz bestimmen.»

Von einem Zürcher erdacht

Erfunden hat die Steuer nicht Chesney, sondern ein Praktiker, der Zürcher Felix Bolliger. 45 Jahre lang war er als Finanzberater tätig. 2012, während der Eurokrise, habe er sich überlegt, wie die fast bankrotten Staaten zu mehr Steuereinnahmen kommen könnten, sagt Bolliger. Dabei sei ihm bewusst geworden, wie viel Geld täglich verschoben werde, völlig steuerfrei. «So kam ich auf die Mikrosteuer.» Später habe er festgestellt, dass zwei Ökonomen bereits ähnliche Ansätze entwickelt hatten.

Bolliger suchte Verbündete. Über einen Artikel stiess er auf Marc Chesney und schrieb ihn an. Die Mikrosteuer überzeugte den Professor, bald trug er die Idee in die Öffentlichkeit. Bolliger selber hält sich eher im Hintergrund. Er schätze sich glücklich, einen «hyperkritischen Schnelldenker» als Weggefährten zu haben.



Die Finanzkrise hat zu grosser Wut über die Löhne der Banker geführt: Demo der Jusos vor der UBS in Zürich 2008. Foto: Keystone

Chesney, der seit 2003 in Zürich lehrt, ist geprägt durch die Finanzkrise von 2008. Diese habe vorgeführt, dass gewisse Annahmen der Ökonomie und des Finanzwesens nicht stimmten. Leider hätten sich die meisten Lehrmittel den neuen Gegebenheiten nicht angepasst. An vielen Ökonomiefakultäten werde weiterhin gelehrt, dass unregulierte Finanzmärkte effizient seien. Eine Illusion, findet Chesney. Um in den Vorlesungen «nicht zu lügen», hat er ein eigenes Lehrbuch zum Derivatehandel mitentwickelt. Vor der Herausforderung des Klimawandels müsse die Ökonomie sowieso neue Ansätze entwickeln, sagt er. Unter seinen Studenten würden viele danach streben, schnell viel Geld zu verdienen. «Aber die Gruppe jener, die anders denken, die Geld als Mittel und nicht als Zweck sehen, wächst.»

In der Romandie bekannt

Dieses Andersdenken kommt nicht überall gut an. Das Finance-Institut der **Universität Zürich** arbeitet teilweise eng mit den Grossbanken zusammen. «Dort sind nicht alle mit Marc Chesneys Positionen einverstanden», sagt Geschäftsführer René Hegglin. Aber Chesney spreche nicht im Namen des Instituts, sondern für sich. «Das ist seine akademische Freiheit.» Chesney selber findet es wichtig, dass sich Professoren einmischen. «Wer sonst soll das tun? Ich möchte die Debatte voranbringen. Auch dafür erhalten wir Steuergelder.»

In der Romandie hat Marc Chesney die Rolle des öffentlichen Intellektuellen bereits sichtbarer eingenommen. Er schreibt für Zeitungen, debattiert in Fernseh-Talkshows. Im vergangenen Winter wurde die französische Protestbewegung «gilets jaunes» auf die Ideen des Schweizer Professors aufmerksam. Französische Zeitungen interviewten ihn, Chesney ging auf Vortragsreise.

Um die Mirkosteuer zu verwirklichen, wird Chesney noch viele Vorträge halten müssen. In den letzten Jahren wollten zwei Initiativen das Schweizer Wirtschaftssystem grundlegend umbauen (Vollgeld und bedingungsloses Grundeinkommen). Beide scheiterten deutlich. Momentan arbeiten Chesney und sein Team daran, Politikerinnen zu überzeugen. Aus den meisten Parteien spüre er sowohl Zustimmung wie auch Ablehnung, sagt Chesney.

Im November soll die Unterschriftensammlung starten. Es gibt nur ein Problem. Noch fehlt den Initianten, die es auf 100'000 Milliarden Franken abgesehen haben, das Geld dafür.

Erstellt: 06.08.2019, 19:17 Uhr

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein